

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 183 (2017)
Heft: 11

Artikel: Europäische Verteidigung im Blickwinkel von Brexit und Trump
Autor: Tardy, Thierry
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-730724>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europäische Verteidigung im Blickwinkel von Brexit und Trump

Wie jede Haltung zum Thema Sicherheit ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungs-Strategie (GSVP) der Europäischen Union (EU) ein Resultat sowohl aus internen wie auch externen Entwicklungen. Sie wird neben nationalen Prozessen und Zielen auch durch Ereignisse ausserhalb der Union geformt und geprägt.

Thierry Tardy

Während der letzten zwei bis drei Jahre haben die Kombination des Anstiegs der terroristischen Gefahren innerhalb Europas, das Wiederaufleben Russlands, die Entscheidung von Grossbritanniens, die EU zu verlassen, die Veröffentlichung der Globalen Strategie für die Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union sowie die Wahl von Donald Trump in den USA grosse Auswirkungen auf das Sicherheitsverständnis der EU ausgeübt – wahrscheinlich zum Besseren.

Die globale Strategie für die Aussen- und Sicherheitspolitik der EU (EUGS): Ein neues Momentum

Im Juni 2016 hat die Hohe Vertreterin der Union für die Aussen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Federica Mogherini, eine neue Strategie veröffentlicht, welche der EU eine neue Ausrichtung vorgeben soll. Das Dokument hält fest, dass «Unsere Region unstabiler und unsicherer wurde» und dass die «Krisen innerhalb und ausserhalb unserer Grenzen das Leben unserer Bürger beeinflussen». Die Strategie beschreibt europäische Interessen und Prioritäten, so beispielsweise: «Die Union und ihre Bürger beschützen», oder «auf externe und interne Konflikte und Krisen reagieren» und «Ausbau der Fähigkeiten der Partner». Diese Prioritäten sollen durch ein breites Spektrum von politischen Optionen, kombiniert mit Massnahmen im Bereich von Sicherheit, Weiterentwicklung und Diplomatie gefördert werden.

Die globale Strategie zählt auch die «strategische Autonomie» zu den Schlüsselementen der Sicherheits- und Verteidigungspolicy der EU. Strategische Autonomie ist definiert als die Möglichkeit für

Europäer, «entscheidend zu kollektiven Bemühungen im Sicherheitsbereich beizutragen, wann und wo auch immer es nötig ist». Während die NATO als Haupt-Verteidigungsgarantie ihrer Mitgliedsstaaten gesehen wird, gibt die Zunahme der aufkommenden Gefahren sowohl militärischer- als auch nicht-militärischer Natur der EU eine wichtigere Rolle in einem erweiterten Sicherheitsbereich.

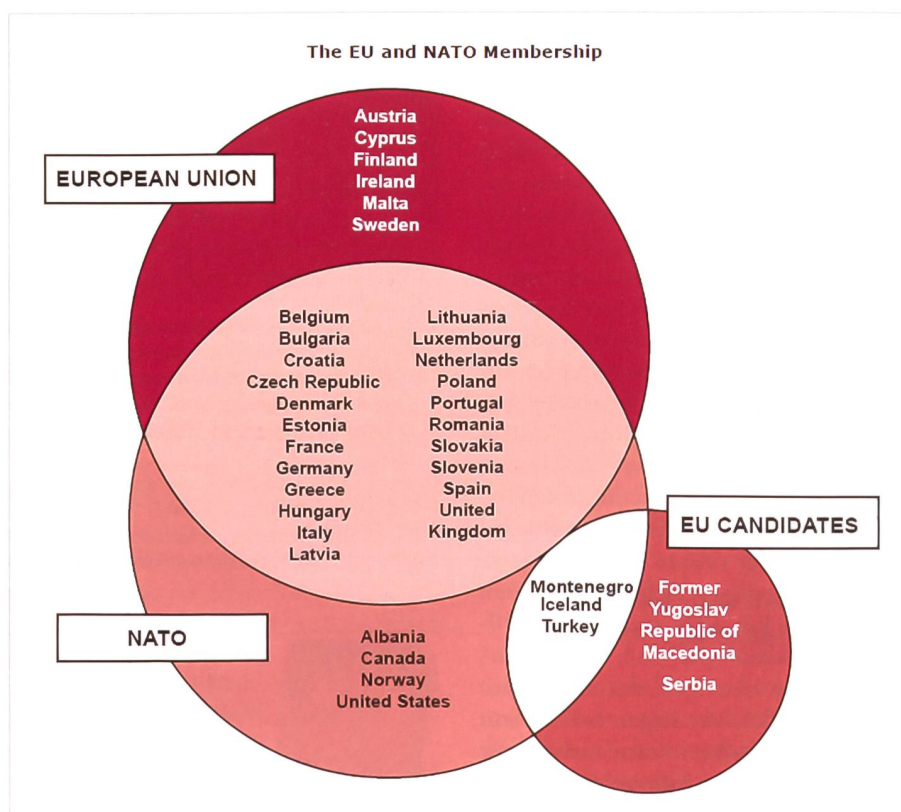
Brexit: Gefahr oder Chance?

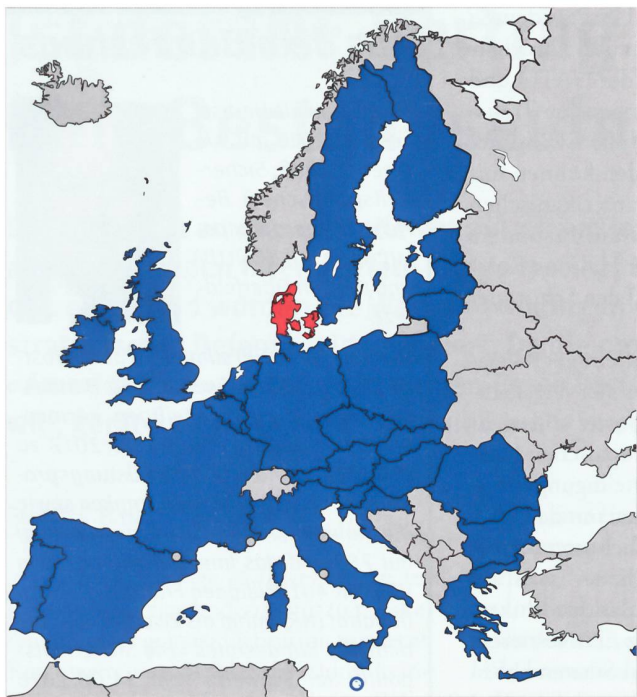
Die globale Strategie wurde einige Tage nach dem britischen Referendum zum «Brexit» veröffentlicht. Die Entscheidung Grossbritanniens, die EU zu verlassen, verschärft einerseits die politische Krise Europas, bietet andererseits der EU

aber auch die Möglichkeit, im Verteidigungsbereich einen Schritt weiterzukommen.

Obwohl der Wegfall von Grossbritannien (GB) in der Sicherheitskomponente der EU wahrscheinlich die Glaubwürdigkeit der Institution schwächt (GB ist der einzige Staat neben Frankreich mit strategischen und weltweit einsetzbaren Mitteln), hat der «Brexit» bis zu einem gewissen Grad die europäischen Verteidigungs-Ambitionen wiedererweckt. Einige Wochen nach dem britischen Referendum haben Frankreich und Deutschland eine Serie von Dokumenten zur Verbesserung

EU- und NATO-Mitgliedschaften; Albanien ist neu auch EU-Kandidat, Island gehört nicht mehr dazu.





Blau: Mitglieder der «Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Rot: Land mit «Opting out»-Option. Bilder: Wikipedia

der Verteidigungs-Kooperation und Integration unter den EU-Staaten herausgegeben. Dies geschah zu einer Zeit, als die globale Strategie der EU zur Definition verschiedener Arbeitsbereiche führte, um die Umsetzung dieser Strategie zu unterstützen. Auch wenn Grossbritannien klarstellte, dass es bis zum effektiven Austritt ein volles Mitglied bleiben werde, zeigte die Praxis ein anderes Bild, denn die Leistungen werden nicht mehr zuverlässig erbracht.

Im Juni 2017 konnte die EU zum Beispiel ein kleines militärisches Hauptquartier für Trainingsmissionen einrichten. Ein Schritt, den Grossbritannien in der Vergangenheit nie unterstützt hat. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Trainingsmissionen der EU, wie beispielsweise jene in Somalia, Mali oder der Zentralafrikanischen Republik, stets ohne Anbindung an eine zentrale militärische Führung, und der Kommandant vor Ort war für alle Entscheidungen verantwortlich.

Die neu geschaffene militärische Planungs- und Ausführungs-Kompetenz, die mit dem EU Military Staff (EUMS) in Brüssel geschaffen wurde, wird 30 Mitarbeitende zählen und nur für Trainings- und Ausbildungsmissionen bereitstehen. Einsatz-Missionen wie die zwei seebasierten Operationen im Golf von Aden und im südlichen Mittelmeer bleiben unter dem Befehl von entweder dem nationalen Hauptquartier des Mitgliedstaates oder

Grossbritannien sträubte sich in der Vergangenheit immer gegen Anpassungen oder neue Lösungen der Finanzierung.

EUGS follow-up

Während die neue globale Strategie der EU vom Europäischen Rat lediglich «begrüsst» und nicht vollständig unterstützt wurde, hat sie in der Realität doch zu einer Reihe von neuen Anstrengungen geführt, welche die Idee einer Europäischen Verteidigungspolitik weitergebracht haben.

Neben den Anstrengungen zur Schaffung eines militärischen Hauptquartiers und einer verbesserten Finanzierung haben sich die Mitgliedstaaten der EU ebenfalls für mehr Transparenz im Planungsprozess zur Verteidigung bereit erklärt, dies mit der Schaffung eines «koordinierten, gemeinsamen Jahresberichts in Verteidigungsfragen» (Coordinated Annual Review on Defence-CARD). Ziel dieses CARD ist es, auf einer freiwilligen Basis, die Art und Weise wie die Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsplanung handhaben, zu koordinieren. Dazu gehören auch Themen wie Sicherheitsausgaben, nationale Investitionen und Verteidigungsforschung. Bis Ende 2017 sollte CARD voll operationell sein.

Weiter hat der Gedanke der «Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit», oder in englischer Abkürzung PESCO, jene EU-Mitgliedstaaten zusammengebracht, deren

der NATO (in Übereinstimmung mit der sogenannten «Berlin-Plus-Vereinbarung»).

Auf ähnliche Art und Weise wurde der Finanzierungsmechanismus der EU-Battlegroups dergestalt angepasst, dass eine breitere Abstützung der Finanzierung für diese strategischen Einsätze möglich wird. Auch wenn diese Battlegroups bis anhin nicht eingesetzt wurden, zeigt die Anpassung der Finanzierung für diese strategischen Aufgaben und Operationen eine neue Denkweise, welche nicht ohne Zusammenhang zum «Brexit» steht, denn



SWISS TOOL SPIRIT

Qualitätsvoll. Vielseitig. Robust. Das aktuell stärkste Werkzeug von Victorinox ist auch bei anspruchsvollen Arbeiten ein zuverlässiger Begleiter.

105 mm, 205 g, 26 Functions



VICTORINOX.COM

militärische Fähigkeiten höhere Kriterien erfüllen und die untereinander mehr verbindliche Verpflichtungen in diesem Gebiet eingehen möchten.

Der Plan ist es, eine bessere Verteidigungs-Zusammenarbeit in das EU-Instituts-Gerüst einzubringen. Denn bis anhin haben die grössten gemeinsamen Anstrengungen ausserhalb von Europa stattgefunden. Im Juni 2017 hat sich der Europäische Rat darauf geeinigt, dass es notwendig sei, diese umfassende und komplette «Ständige Strukturierte Zusammenarbeit» zu lancieren, sie soll kurz nach den Deutschen Wahlen konkretisiert werden.

Schliesslich hat die Europäische Kommission den Schlüsselfaktor Finanzierung für die Entwicklung der Europäischen Verteidigungsgedankens stark weiterentwickelt. Die Kommission hat im November 2016 die Einführung eines europäischen Verteidigungsfonds ermöglicht. Dieser Fond besteht aus zwei Gefässen: Das erste Gefäss soll Forschung und Entwick-

«Die Verpflichtung der europäischen NATO-Mitglieder ist es, bis 2024 2% ihres Bruttoinlandproduktes (BIP) in die Verteidigung zu investieren.»

lung mit 90 Mia. Euro (2017–2019) über die «European Defence Agency» finanzieren. Eine Steigerung dieser Anstrengungen bis auf 500 Mio. jährlich bis ins Jahr 2021 ist geplant. Das zweite Gefäss soll die Fähigkeitsentwicklung der Mitgliedstaaten weiterbringen. Dafür sind jährlich bis zu 1 Mrd. geplant bis ins Jahr 2021, dies parallel zu den finanziellen Anstrengungen der Mitgliedstaaten.

Trump: «a wake-up call?»

Die Entwicklung der Europäischen Verteidigungsstrategie war schon immer eng mit der parallelen Positionierung der NATO verknüpft, welche eine Sicherheitsgarantie in und für Europa darstellt. Was die EU unternehmen würde, ist teilweise abhängig davon, was die NATO nicht tut. In diesem Kontext war die Wahl

von Donald Trump zum US-Präsidenten begleitet von Spannungen und Unsicherheiten über die Zukunft der NATO und des damit zusammenhängenden Transatlantischen Links. Wird die EU immer noch auf die NATO zählen können mit der Haltung der neuen amerikanischen Regierung? Diese Frage ist insbesondere für Staaten, die wegen der Haltung Russlands besorgt sind und auf den Schutz der USA zählen, wichtig.

Neben der Peinlichkeit einiger Aussagen des neuen amerikanischen Präsidenten war eine Diskussion ernster und wichtiger, nämlich ob die europäischen Staaten genug Geld in die Verteidigung investierten und somit die Lasten mit den USA teilen würden. Die Verpflichtung der europäischen NATO-Mitglieder ist es, bis 2024 2% ihres Bruttoinlandproduktes (BIP) in die Verteidigung zu investieren. Nur vier der europäischen Staaten haben dieses Ziel im Jahr 2016 erreicht – Estland, Griechenland, Polen und Grossbritannien – andere Mitgliedstaaten haben aber jetzt doch eine Periode von Budgetkürzungen beendet, wahrscheinlich aber eher als Resultat der eigenen Gefahreneinschätzungen als wegen des Druckes aus den USA.

Für die EU sind das gute Neuigkeiten, da die Stärkung der europäischen Militärfähigkeiten allen Sicherheitsinstitutionen zugutekommt, also nicht nur der NATO. Und letztendlich sehen die Befürworter der europäischen Verteidigung im amerikanischen Verhalten nur einen weiteren Weckruf.

Nicht nur müssen europäische Staaten mehr Geld in die Verteidigung investieren – in diesem sich stetig verändernden Umfeld – sie müssen auch die Grenzen ihrer Abhängigkeit von den USA besser beurteilen. Ob die EU davon profitieren kann, bleibt abzuwarten. Aber wie Mogherini im ersten Fortschritts-Report zur «EU Global Strategy» schreibt: «In den letzten zehn Monaten wurde im Verteidigungsbereich mehr erreicht als in den letzten zehn Jahren».

Übersetzung aus dem Englischen: BOA



Thierry Tardy
Dr.
Analyse Senior
Institut d'Etudes
de sécurité de l'UE
75015 Paris

Aus dem Bundeshaus

Es geht um die Herbstsession 2017 mit Armeebotschaft, Sicherheitspolitischem Bericht, Cyberdefence, Luftwaffe mit BODLUV und um den Oberfeldarzt.



Der Ständerat (SR) stimmte in der Herbstsession 2017 als Zweitrat den Bundesbeschlüssen zur dreiteiligen «Armeebotschaft 2017» vom 22.02.2017 zu (17.027), enthaltend das Rüstungsprogramm mit 900 Millionen Franken sowie die Rahmenkredite für Armeematerial mit 750 und das Immobilienprogramm VBS mit 461 Millionen Franken. Der Nationalrat (NR) nahm als Zweitrat vom Bericht des Bundesrates «Die Sicherheitspolitik der Schweiz» vom 24.08.2016 Kenntnis (16.061). Leseempfehlung: Ratsdebatte vom 21.09.2017! Der SR nahm gegen den Willen des Bundesrates die Motionen «Schaffung eines Cyber-Security-Kompetenzzentrums auf Stufe Bund» (17.3508) und «Ein Cyberdefence-Kommando mit Cybertruppen für die Schweizer Armee» an (17.3507).

Die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der Eidgenössischen Räte schliessen mit ihrem Kurzbericht vom 25.09.2017 «Sistierung des Projekts «Bodengestützte Luft-Verteidigung (BODLUV) 2020»: Bewertung der Stellungnahme des Bundesrates vom 12.04.2017» ihre Inspektion ab. Sie äussern sich kritisch zur Stellungnahme des Bundesrates (BR) zu ihrem Bericht vom 26.01.2017. Darin wird der Entscheid des Chefs VBS vom 22.03.2016 beanstandet, das Projekt BODLUV zu sistieren, und vom BR eine rasche Wiederaufnahme der Evaluation verlangt. Die GPK weisen darauf hin, dass der Chef VBS beschlossen habe, das Vorhaben neu in Gang zu setzen, orientiert an den Eckwerten im «Bericht der Expertengruppe Neues Kampfflugzeug – Luftverteidigung der Zukunft» vom 30.05.2017. Die GPK hörten am 25.09.2017 den Chef VBS zum «Fall Oberfeldarzt» an und haben sich über dessen durch die Administrativuntersuchung bestätigte Unschuld informieren lassen. Die Subkommission EDA/VBS der GPK-NR ist mit weiteren Abklärungen beauftragt.

Oberst aD Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE